

EUROPA

# Konflikt zwischen Berlin und Paris

Im deutsch-französischen Verhältnis gibt es neue Spannungen. Anders als bislang geplant werden beide Regierungen vor dem EU-Gipfel im Juni kein gemeinsames Papier zur Euro-Krise vorstellen. Die Unterschiede seien derzeit einfach zu groß, hieß es in der Bundesregierung. Das Kanzleramt hatte auf eine Erklärung beider Länder gedrängt, um Einigkeit zwischen Berlin und Paris zu demonstrieren. Die französische Regierung stand dem Vorhaben dagegen von Anfang an skeptisch gegenüber. Präsident François Hollande fürchtet,

dass gemeinsame Erklärungen mit Deutschland vor wichtigen EU-Treffen den Widerstand anderer Mitgliedstaaten provozieren würden. Kanzlerin Angela Merkel und Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy hatten mehrmals vor Ratssitzungen der Europäischen Union ihre Position öffentlich festgelegt. Auf dem Gipfel im Juni sollten ursprünglich weitere Integrations Schritte in der Wirtschafts- und Währungspolitik beraten werden. In Berlin heißt es mittlerweile, konkrete Ergebnisse seien von dem Treffen nicht mehr zu erwarten.



Autobahnbaustelle in Nordrhein-Westfalen

EU-WACHSTUMSPAKT

## Hilfe für Infrastruktur im Norden

Der insbesondere für die südeuropäischen Krisenstaaten konzipierte EU-Wachstumspakt könnte sich als unerwarteter Konjunkturimpuls für Nordeuropa entpuppen. Verantwortlich dafür sind die sogenannten Projektanleihen, mit denen künftig große Infrastrukturvorhaben in Europa finanziert werden sollen – und deren Wirkung bald getestet wird. Bei den nun geplanten Pilotprojekten handelt es sich vor allem um Vorhaben in den wirtschaftlich besser-

gestellten Staaten: Neben der Anbindung von Windparks in Großbritannien und den Niederlanden geht es auch um den Bau von Autobahnen in Belgien, Großbritannien und Deutschland. Unter anderem ist der Ausbau eines Abschnitts der A7 zwischen Hamburg und Neumünster geplant. Die Europäische Investitionsbank (EIB) verweist darauf, dass sich neue Finanzierungsinstrumente, wie die geplante Projektanleihe, nur in stabilen Märkten testen ließen. Was so viel heißt wie: Für Südeuropa kommen sie vorerst nicht in Frage. Durch Mittel von der EIB und aus dem EU-Haushalt sowie private Gelder sollen in der Pilotphase Projekte in Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro realisiert werden.

## Gymnasialzeit

Erster Abschlussjahrgang an Gymnasien mit Abitur nach 12 Schuljahren (G8)



SCHULEN

## G8 auf dem Rückzug

Gut ein Jahrzehnt nach seiner Einführung könnte das achtjährige Gymnasium in Westdeutschland schon wieder zum Auslaufmodell werden. In immer mehr Bundesländern sehen die Regierungen G-9-Optionen vor, in einigen setzen sich Initiativen für solche Modelle ein. In Hamburg brachte die Elternvereinigung „G9 jetzt!“ nun eine sogenannte Volksinitiative für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 auf den Weg. Sie ist die erste Stufe eines Begehrens von Bürgern, an dessen Ende ein für den SPD-Senat der Hansestadt bindendes Votum stehen könnte. Ein derartiger Volksentscheid hatte 2010 die Pläne der damaligen schwarz-grünen Landesregierung gestoppt, die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre auszuweiten. Auch in Bayern wollen die Freien Wähler mit einem Volksentscheid G9 als Alternative zu G8 wieder einführen. Die Pläne reichen über das im Freistaat bereits eingeführte sogenannte Flexibilisierungsjahr hinaus. G-9-Züge gibt es zudem in Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (siehe Karte). Die verkürzte Gymnasialzeit ist bei den meisten Wählern unpopulär.